



KOMMENTAR DER DIREKTORIN

Schweizer Flugverkehr zukunftsfähig halten

Galeshnikov Aleksandr / shutterstock.com



Vor Kurzem fand am EuroAirport Basel der Herbstanlass von Aviationsuisse statt. Aviationsuisse vertritt die Interessen der «Nutzer» des Schweizer Flugverkehrs, also all jener Organisationen und Unternehmen, die auf eine gute Er-

schliessung der Schweiz durch internationale Flugverbindungen angewiesen sind oder davon profitieren. Dazu gehören der Tourismus, Logistikunternehmen aber auch Forschungs- und Bildungseinrichtungen und – nicht zuletzt – international orientierte Unternehmen. Die direkte interkontinentale Anbindung ist ein wichtiger Standortfaktor und auch der Grund, weshalb viele europäische Headquarter gerade im Raum Zürich angesiedelt sind. Nicht zuletzt braucht es Transportkapazitäten für die Schweizer Exportgüter, die zu einem grossen Teil das Land über den Luftweg verlassen.

Aviationsuisse geht es nicht darum, die Fliegerei zu glorifizieren. Die kritischen Punkte der internationalen Mobilität, die Fragen von Lärm- oder Umweltbelastung, sieht man sehr wohl. Es geht aber darum, dieser Kritik, die von sehr schlagkräftigen Organisationen publikumswirksam laufend vorgebracht wird, etwas entgegen zu halten, die

grosse volkswirtschaftliche Bedeutung der drei Landesflughäfen bekannt zu machen und sich gegen schädliche Einschränkungen des Flugverkehrs in der Schweiz einzusetzen. Dass nun im Bereich der CO₂-Gesetzgebung ein sinnvoller, weil international koordinierter Weg beschritten werden soll, ist ein erster Erfolg. Statt durch national erhobene Ticketabgaben, soll das Ziel der CO₂-Neutralität über die Verwendung nachhaltiger Treibstoffe erreicht werden.

Sorgen bereiten hingegen die Empfehlungen der Eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung. Mit den Verschärfungen der Lärmgrenzwerte und Nachtruheregulungen wird zum einen ein Zielkonflikt mit der Siedlungsentwicklung erzeugt. Zum anderen wird die gute Anbindung der urbanen Räume an die Netze des öffentlichen Verkehrs auf Schiene, Strasse und in der Luft aufs Spiel gesetzt. Hier braucht es definitiv eine Interessenabwägung und nicht eine einseitige Fokussierung auf den Lärm, andernfalls ist eine raumplanerische Verdichtung nach innen in Siedlungsgebieten ebenso vom Tisch, wie die interkontinentale Anbindung der Hubs in der Schweiz.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Zürich hängt auch von einem leistungsfähigen Flughafen ab. Wir tun gut daran, die Rahmenbedingungen entsprechend heute richtig zu setzen.



DR. REGINE SAUTER, DIREKTORIN

Energie-Versorgungssicherheit ist ein prioritäres nationales Interesse

Kurzfristig muss eine Energiemangellage unbedingt vermieden werden, mittel- und langfristig gilt es die Importabhängigkeit zu reduzieren: Am Lunch Talk der Zürcher Handelskammer haben Fachleute ihre Rezepte dargelegt, wie diese beiden Kernziele erreicht werden können.

AUTOR: ANDREAS SCHÜRER

Es ist bereits kühler geworden – was kommt nun auf uns zu? Diese Frage beschäftigt die Mitglieder der Zürcher Handelskammer (ZHK), die ganze Gesellschaft. Regine Sauter, Direktorin der ZHK, eröffnete den Lunch Talk im Oktober zur drohenden Energiemangellage mit einer Warnung: «Für Gesellschaft und Wirtschaft ist eine sichere Versorgung mit Strom und Gas zentral. Unterbrüche wären verheerend.» Die Sicherstellung der Energieversorgung sei für das ganze Land und insbesondere für die Wirtschaft eine fundamental wichtige Aufgabe, sagte Regine Sauter. Um auf längere Sicht unabhängiger zu werden, ist für sie auf Technologieoffenheit, Innovation und marktwirtschaftliche Lösungen zu setzen. Gefragt sei etwa eine Strommarktliberalisierung, um Innovation und Wettbewerb zu fördern. Dringend nötig sei auch ein Strommarktabkommen mit der EU. Bestehende Kernkraftwerke müssten so lange betrieben werden, wie dies sicher und betriebswirtschaftlich möglich sei.

Forciert werden muss für Regine Sauter zudem der Ausbau erneuerbarer Energien. Bewilligungsverfahren seien zu beschleunigen, Solar-Energie-Projekte müssten rascher umgesetzt werden können, wie dies das Parlament in der vergangenen Session beschlossen hat. Die Attraktivität der Photovoltaik zu steigern, steht notabene nicht nur in Bern, sondern auch im Kantonsrat Zürich auf der Agenda. Die FDP hat Ende September zwei entsprechende Motionen eingereicht, die aus Sicht der ZHK beide Unterstützung verdienen. Zum einen sollen geringfügige Erträge aus Rückliefervergütungen durch Photovoltaikanlagen steuerbefreit werden. Zum anderen sollen sich Produzentinnen und Produzenten von Strom aus Photovoltaikanlagen die eingespeiste Energie als Guthaben zum Bezug von Energie aus dem Netz anrechnen lassen können.

Immerhin – die Gasspeicher sind voll

Daniela Decurtins, Direktorin Verband der Schweizerischen Gasindustrie, brachte mit Blick auf den Winter zwei gute Nachrichten mit an den Lunch Talk. Erstens seien die Gasspeicher

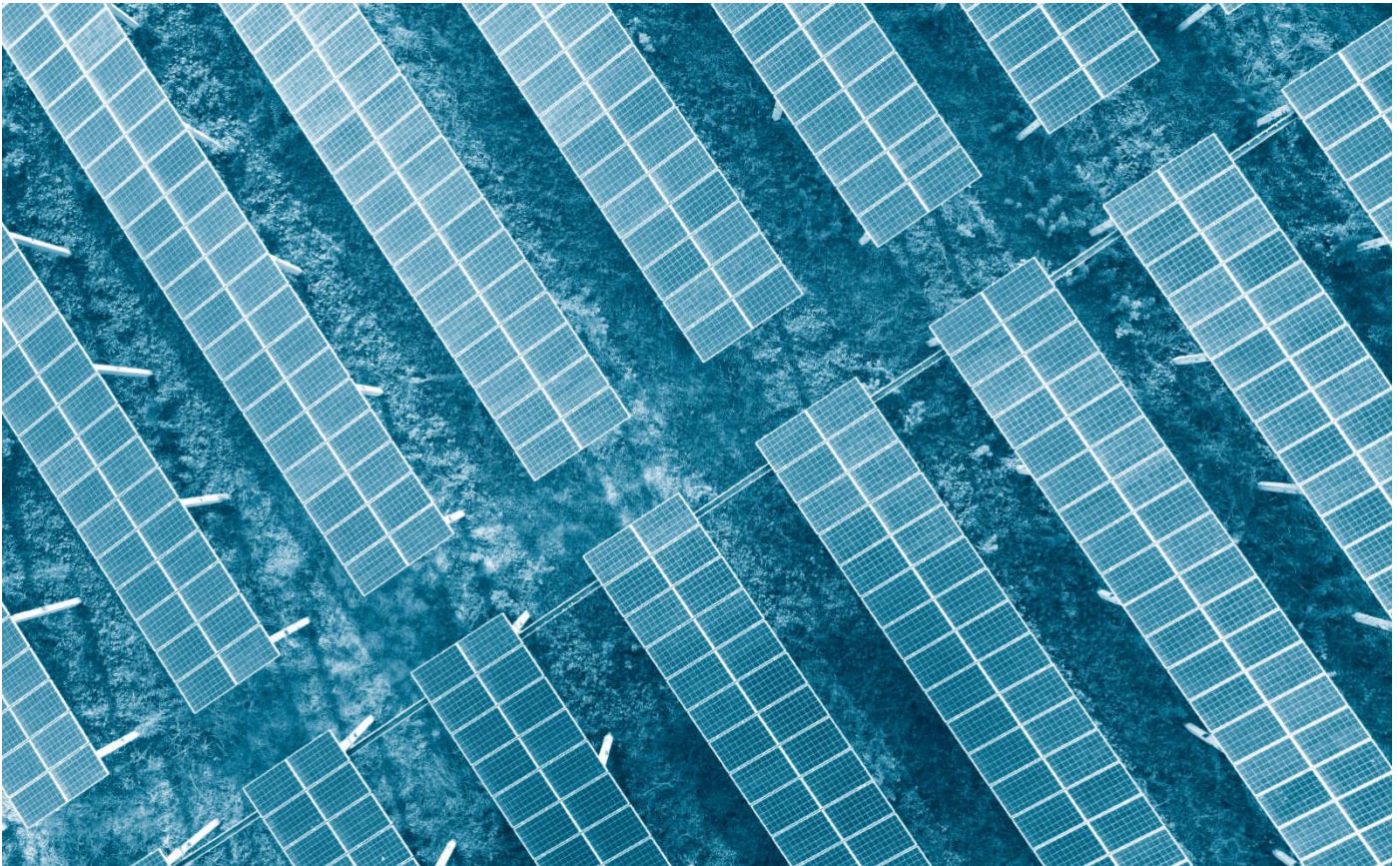
inzwischen zu rund 91 Prozent voll. Zweitens habe sich der Gasmix extrem verändert. Der Anteil von russischem Gas sei auf unter 10 Prozent gesunken, insbesondere Flüssigerdgas habe zugelegt. Die Beschädigungen von Nord Stream 1 und 2 hätten denn auch keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Gasversorgung. Sie illustrierten aber grundsätzlich die Verletzlichkeit der Infrastruktur. Nach wie vor würden aber Unsicherheiten und die Preisaufschläge in ungekannte Höhen belasten.

Um sich beschaffungsseitig für den Winter zu wappnen, seien auch Verhandlungen mit Nachbarländern über Solidaritätsabkommen im Gange – diese seien indes zäh. Sollte sich die Lage tatsächlich zuspitzen, trete die bekannte Kaskade in Kraft: Sparappelle, Umschaltung von Zweistoffanlagen von Gas auf Öl, schrittweise Steigerung von Einschränkungen und Verboten und, im schlimmsten Fall, die Kontingentierung.

«Für Gesellschaft und Wirtschaft ist eine sichere Versorgung mit Strom und Gas zentral.»

Mangellage verhindern

Eine solche Kontingentierung gelte es unbedingt zu verhindern, sagte Michael Frank, Direktor Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen. Nicht zu vergessen sei, dass 18 Prozent des europäischen Stroms mit Gas erzeugt werde. Darum gelte: «Solange wir kein Problem mit Gas haben, haben wir auch kein Problem mit Strom.» Werde aber in den kritischen Monaten Januar, Februar und März 2023 das Gas knapp, drohten auch Rückkoppelungen auf die Stromversorgung. Dies gelte es zu vermeiden – fast um jeden Preis. «Auch wenn es teuer ist – eine Mangellage mit Kontingentierungen wäre teurer».



Mittel- und langfristig bereitet Michael Frank die hohe Importabhängigkeit Bauchweh, wie er sagte. Auch er betonte die Wichtigkeit eines Stromabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Im Inland gelte es, die erneuerbare Energie auszubauen. Alle müssten Kompromisse eingehen, auch die Umweltverbände, mit der Begründung: «Der Ausbau der Erneuerbaren ist ein prioritäres nationales Interesse.»

« Der Ausbau erneuerbarer Energien muss forciert werden.»

Liberale Lösungen – kein Preisdeckel

Patrick Dümmler, Senior Fellow und Forschungsleiter Offene Schweiz bei Avenir Suisse, sieht zwei parallele Krisen, mit denen wir konfrontiert sind: Einerseits sei die Versorgungssicherheit mit Strom und Gas akut gefährdet, andererseits hätten wir mit Preisrekorden und hoher Preisvolatilität zu kämpfen. Um Lösungen zu ermöglichen, müsse der Staat attraktive Rahmenbedingungen für Investoren bieten. Staatliche Stützung, wie sie etwa ein Preisdeckel vorsähe, seien aus liberaler Sicht abzulehnen.

Gravierend ist für Patrick Dümmler, dass die Schweiz in der europäischen Stromlandschaft schrittweise vom prägenden Akteur zum Beobachter an der Seitenlinie abgestiegen sei. Dringlich sei mindestens ein technisches Abkommen mit der EU, langfristig müsse ein umfassendes Marktzutrittsabkommen gesichert werden. Die Schweiz habe aber auch Hausaufgaben zu lösen, insbesondere sei eine Privatisierung des dominierenden staatlichen Eigentums an Produktion, Übertragung und Verteilung des Stroms anzugehen. Eine vollständige Marktöffnung und die Einführung der Wahlfreiheit für alle Konsumentinnen und Konsumenten würden mehr Wettbewerb bringen. Dass der bisherige Weg gescheitert sei, bringe für ihn die Aussage von Werner Luginbühl, Präsident der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom), auf den Punkt, der zum Kauf von Kerzen und Brennholz geraten hat. «Die Schlagzeile des Sommers» meinte Dümmler: Es brauche nun eine klare Priorisierung, Offenheit, Kostenwahrheit und Technologieoffenheit: «Nachdem vollständige Kostenwahrheit besteht, soll nicht die Politik über die eingesetzte Technologie entscheiden, sondern der Markt.»

www.zhk.ch



ZHK News

Revision der Maturitäts-Anerkennungsverordnung: Richtige Stossrichtung, mutlose Umsetzung

Um die gymnasiale Maturität weiterzuentwickeln, sollen deren rechtliche Grundlagen totalrevidiert werden. Die ZHK begrüsst, dass die Fächer Informatik sowie Wirtschaft und Recht neu zu Grundlagenfächern werden sollen. Die ZHK hätte sich jedoch zusätzlich eine Verbesserung der Stellung der MINT-Fächer gewünscht.

Das Bildungssystem und die Gesellschaft als Ganzes waren in den letzten Jahrzehnten tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. Die Rechtsgrundlagen der gymnasialen Ausbildung (die Maturitäts-Anerkennungsverordnung sowie das Maturitäts-Anerkennungsreglement) haben sich jedoch seit 1995 kaum weiterentwickelt. Mit der vorliegenden Revision soll deshalb auf vergangene und aktuelle Entwicklungen reagiert und anstehende Herausforderungen angegangen werden.

Wichtige Stärkung der beiden Bildungsziele

Um die Bildungsziele der gymnasialen Ausbildung "allgemeine Studierfähigkeit" und "vertiefte Gesellschaftsreife" zu erreichen, ist es heute unumgänglich über grundlegende Kenntnisse in den Bereichen Informatik sowie Wirtschaft und Recht zu verfügen. Die ZHK befürwortet daher, dass diese Fachgebiete neu als Grundlagenfächer geführt werden sollen. Für das erfolgreiche Absolvieren eines Hochschulstudiums sind ferner die basalen Kompetenzen von grosser Bedeutung. Deren Stärkung und explizite Verankerung in einem eigenen Artikel ist daher aus Sicht der ZHK positiv zu werten.

Keine ausreichende Förderung der Zukunftsfähigkeit

In Bezug auf die Förderung der Zukunftsfähigkeit liefert die Reform jedoch keine ausreichende Antwort. Es fehlt eine systematische Auseinandersetzung mit den Kompetenzen, die heute und morgen im Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft gefragt sind. Nach Ansicht der ZHK sind dies Kompetenzen im MINT-Bereich, soziale Kompetenzen sowie die Fähigkeit zum kritischen und kreativen Denken (sog. überfachliche Kompetenzen). Die Reform ist aus diesem Blickwinkel enttäuschend. So wird der

Mindestanteil der MINT-Fächer an der Unterrichtszeit auf 27 Prozent belassen und die Erläuterungen zu den überfachlichen Kompetenzen sind sehr vage gehalten.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie unter:

www.zhk.ch



ZHK DIENSTLEISTUNGEN

Entdecken Sie das ZHK-Firmenwiki

Das ZHK-Firmenwiki, kurz Fiwi, vereint alle Nachrichten derjenigen Unternehmen, welche Mitglied bei der Zürcher Handelskammer sind. Gibt es spannende Nachrichten und Informationen über Ihr Unternehmen zu berichten, die auch für andere relevant sind, dann können Sie gerne Informationen und Medienmitteilungen an folgende E-Mail-Adresse schicken: zhkfirmenwiki@punkt4.info
www.zhk.ch/fiwi

ZHK begrüsst rasche Digitalisierung von öffentlichen Prozessen und der Wirtschaft

Die Einführung einer E-ID ist ein wichtiges Mosaikstück der Digitalisierung. Für private Anbieter eröffnen sich nach der gescheiterten Volksabstimmung im Bereich von E-Commerce neue Geschäftsmodelle und die Unternehmen profitieren durch E-Government von der Möglichkeit des digitalen Verkehrs mit den Behörden über möglichst nur eine Schnittstelle (One-Stop-Shop).

Am 7. März 2021 scheiterte die erste Vorlage zur Einführung einer E-ID bei einer Volksabstimmung am grössten Kritikpunkt der privaten Herausgeber. Der Bundesrat hat deshalb einen neuen Gesetzesvorentwurf ausgearbeitet, der die Grundlagen für die Einführung der staatlichen elektronischen Identität (E-ID) in der Schweiz schafft. Die Zürcher Handelskammer setzte sich im Abstimmungskampf für eine einfache und zuverlässige Identifikation im Internet ein. Die Vorteile für digitale Geschäftsabläufe sind auch mit der neuen Vorlage unbestritten.

Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts stärken

Die ZHK begrüsst deshalb die Stossrichtung der Vernehmlassungsvorlage. Aus Sicht der Wirtschaft ist es zentral, dass die rasche Digitalisierung von öffentlichen Prozessen und der Wirtschaft vorangetrieben wird. Dies trägt sowohl zur Wettbewerbsfähigkeit als auch zur Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts bei. So können in Zukunft beispielsweise digitale Geschäftsabläufe dank einer E-ID einfacher und sicherer abgewickelt werden. Die E-ID verringert zudem die Anzahl unterschiedlicher Logins, schützt vor Identitätsbetrug und ermöglicht verlässliche Alterskontrollen.

Interoperabilität sicherstellen

Damit die Funktionalität der E-ID gewährleistet ist, muss der Bund aus den Fehlern vergangener IT-Projekte die richtigen Schlüsse ziehen und soll sich an bereits bestehenden marktwirtschaftlichen Lösungen orientieren. Wichtig ist zudem die Interoperabilität des Systems mit den föderalen Ebenen und der EU. Dadurch werden für die Wirtschaft essenzielle Voraussetzungen für Weiterentwicklungen im Bereich E-Commerce und E-Governance geschaffen.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie unter:

www.zhk.ch



Begrüssenswertes Gesetz zur Standortförderung und Unternehmensentlastung

Der Wirtschaftsstandort Zürich ist unter Druck. Deswegen will der Kanton mit einem neuen Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Innovationsstandorts erhalten und gestärkt wird.

Der Kanton Zürich ist heute einer der einzigen Kantone ohne ein Standort- oder Innovationsförderungsgesetz. Dabei ist es, vor dem Hintergrund eines stärker werdenden Standortwettbewerbs, der Diskussionen um die OECD-Steuerreform oder der ungeklärten Verhältnissen der Schweiz zur EU wichtiger denn je, dass dem Wirtschaftsstandort Sorge getragen wird. Eine gute Regulierung sowie effiziente Behördenprozesse sind wichtige Standortfaktoren. Der Regierungsrat führt deswegen eine Vernehmlassung zu einem neuen Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz (SFUEG) durch. Die Regelungen des heutigen Gesetzes über die

administrative Entlastung der Unternehmen sollen im neuen SFUEG mit einigen Anpassungen integriert werden.

Jährlicher Bericht gefordert

Die ZHK begrüsst den vorgesehenen Erlass des SFUEG im Grundsatz. Jedoch bringt sie einige Anpassungen an der Vernehmlassungsvorlage an, welche insbesondere der Transparenz und Wirkungskontrolle dienen. Sie fordert bspw., dass die Volkswirtschaftsdirektion mindestens einmal jährlich einen öffentlich einsehbaren Bericht über die Entwicklung der Rahmenbedingungen und der Standortattraktivität veröffentlicht.

Standortförderung um Forschungsaspekt ergänzen

Positiv wertet die ZHK die umfassende Definition der Standortförderung im SFUEG; insbesondere auch deren explizite Ausrichtung auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und nicht nur deren Promotion. Aus Sicht der ZHK kommt aber auch dem Forschungsstandort Zürich eine hohe Bedeutung zu, weswegen die Standortförderung um den Aspekt des Forschungsstandortes ergänzt werden sollte.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie unter:

www.zhk.ch



ZHK setzt sich gegen Verschärfung des Planungs- und Baugesetzes ein

Mittels einer Parlamentarischen Initiative sollen Vögel besser geschützt werden. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) hat den Vorstoss weiter verschärft und will weitgehende Einschränkungen für die Bauwirtschaft sowie Immobilienbesitzerinnen und -besitzer einführen. Die ZHK setzt sich vehement gegen diese schädliche Entwicklung ein.

Im Juni 2020 reichten links-grüne Parteien die Parlamentarische Initiative "Vögel und Glas" ein. Darin forderten sie, dass bei Neu- und Umbauten Fenster, Fassaden und Glasflächen so zu gestalten seien, dass sie von den Vögeln als Hindernisse wahrgenommen werden. Hintergrund ist, dass Vögel transparente Flächen nicht wahrnehmen können und deswegen in Fenster prallen. Die Parlamentarische Initiative wurde vom Kantonsrat vorläufig unterstützt und der KPB zu Bericht und Antrag zugewiesen. Die Kommission hat die Initiative abgeändert und dabei massive Verschärfungen der ursprünglichen Forderungen im Planungs- und Baugesetz (PBG) beschlossen.

Unverhältnismässige Verschärfungen verhindern

In ihrer Stellungnahme zur Vernehmlassung der geänderten Parlamentarischen Initiative schreibt die ZHK, dass mit dem Vorstoss das Bauen im Kanton Zürich weiter erschwert und unverhältnismässig verteuert wird. Bereits heute bestehen teils unüberwindbare Hürden für die Bauwirtschaft, insbesondere das verdichtete Bauen, welches eigentlich gefördert werden soll, wird erschwert. Weitere Verschärfungen des Planungs- und Baugesetzes sind deswegen für die ZHK nicht angebracht.

Gefährdungsschutz nicht überborden

Die ZHK stört sich besonders daran, dass gefordert wird, dass Bauten und Anlagen neu weder bei ihrer Erstellung noch durch ihren Bestand Vögel gefährden dürfen. Bisher galt der Gefährdungsschutz für Personen und Sachen. Dass bestehende Bauten und Anlagen keine Personen oder Sachen gefährden dürfen, ist richtig und kann durch bauliche Massnahmen sichergestellt werden. Dasselbe gilt jedoch nicht für den Vogelschutz. Vögel können in jedes Bauwerk oder jede Anlage hineinfliegen; der Bestand von Bauten oder Anlagen gefährdet somit per se Vögel und die Verschärfung des PBG würde somit weit über das Ziel hinausschiessen.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie unter:

www.zhk.ch



ZHK und Zurich Versicherung - Eine starke Partnerschaft für den Grossraum Zürich

Im Rahmen der neuen Partnerschaft mit der Zürcher Handelskammer stellt die Zurich Versicherung regelmässig relevante Informationen für die ZHK-Mitglieder bereit: Erfahren Sie, wie Zurich Sie beim Erstellen eines Nachhaltigkeitsberichts unterstützt oder wie Sie sich mit Zurich vor Cyberangriffen schützen können.

Einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen ist für KMU aufwändig und teuer. Aber in Zukunft im Export matchentscheidend: Der wichtigste Schweizer Handelspartner Deutschland plant ab 2023 die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in der Lieferkette gesetzlich zu regeln.

Mit **esg2go**, dem von Zurich Schweiz mitfinanzierten neuen ESG-Ratingtool, kommen KMU schnell und günstig zu einem ESG-Rating – auf Wunsch von SQS zertifiziert und für Mitglieder der Zürcher Handelskammer mit einem Rabatt von 20 Prozent:

www.esg2go.org / Rabattcode: 834-TZU-844

Wirksamer Schutz vor Hacker-Angriffen: Zurich Cyber Versicherung

Allein 2021 wurden 30'000 Straftaten im Bereich der digitalen Kriminalität in der Schweiz verübt - jedes vierte Schweizer KMU war bereits von einem Cybervorfall betroffen. Kleine und mittlere Firmen sind beliebte Angriffsziele, denn sie können sich nicht dieselben Sicherheitsstandards leisten wie die grossen. Doch die Folgen von Datenverschlüsselung oder Datendiebstahl können die Existenz bedrohen. Umso wichtiger ist es, sich umfassend abzusichern. Zurich Schweiz leistet finanzielle Entschädigung, vermittelt im Ernstfall Spezialisten und unterstützt bei der Prävention.

Möchten Sie mehr erfahren oder sind Sie interessiert an einer Beratung?

Dann kontaktieren Sie direkt die Zurich Versicherung per Telefon +41 41 528 29 78 oder per Mail zhk@zurich.ch und verweisen Sie auf Ihre Mitgliedschaft bei der Zürcher Handelskammer. Sind Sie bereits Zurich-Kunde? Ihre Zurich Generalagentur oder Ihr Broker sind gerne für Sie da.

www.zhk.ch/benefits



Kurznews

Zürcher KMU sind optimistisch

Zürcher KMU sind mit ihrer aktuellen Geschäftsentwicklung überwiegend zufrieden. Für die Zukunft gehen die meisten von steigenden Umsätzen aus. Grösstes Problem ist der Fachkräftemangel. Dies zeigt der aktuelle KMU ZH Monitor von Zürcher Kantonalbank und ZHAW.

www.zkb.ch



Nexpo und X27 spannen für Landesausstellung zusammen

Die Initianten der Projekte Nexpo und X27 spannen zusammen. Damit ebnen sie den Weg für eine gemeinsame Kandidatur für die nächste Landesausstellung. Sie kommen auch einem Wunsch des Bundesrats und der Kantone nach.

www.presseportal.ch



ETH rückt unter den weltweit besten Universitäten vor

Die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH) verbessert sich im World University Ranking 2023 von Times Higher Education von Rang 15 im Vorjahr auf Platz 11. Dabei kann sie in erster Linie mit ihrer internationalen Ausrichtung und der Forschung punkten. Auch EPFL, Universität Zürich und ZHAW sind in der Rangliste vertreten.

www.timeshighereducation.com



Flughafen Zürich bleibt bester Flughafen Europas

Der Flughafen Zürich ist im Rahmen der World Travel Awards zum 19. Mal in Folge zum besten Flughafen Europas gekürt worden. Derweil wird er laufend weiterentwickelt. Unter anderem soll in den kommenden zehn Jahren ein nachhaltiges Dock aus Holz realisiert werden.

www.flughafen-zuerich.ch



Zahl der Firmengründungen liegt 2022 signifikant über dem Schnitt

Die ersten drei Quartale 2022 wurden 8,5 Prozent mehr neue Schweizer Unternehmen gegründet als im Durchschnitt der ersten drei Quartale in den vergangenen fünf Jahren. Elf Kantone konnten die Anzahl der Neugründungen gegenüber der rekordhohen Vorjahresperiode nochmals steigern.

www.ifj.ch



Schweiz bleibt die innovativste Volkswirtschaft der Welt

Die Schweiz ist zum zwölften Mal in Folge die innovativste Volkswirtschaft der Welt. Das geht aus dem Global Innovation Index hervor. Demnach zählen zu ihren grössten Stärken die Wirtschaftspolitik und die Patente. Der Zufluss an direkten ausländischen Investitionen ist die grösste Schwäche.

www.wipo.int



Schweiz ist bei Digitalisierung auch 2022 unter den besten der Welt

Die Schweiz steigt nach Platz 6 im Vorjahr wieder auf Platz 5 des IMD World Digital Competitiveness Ranking. Die Lausanner Business School IMD attestiert der Schweiz, auf dem Weg zu einer voll entwickelten digitalen Nation zu sein. Nun fehle noch die Einführung der digitalen Identität im Land.

www.imd.org



Aktuelle News

18. NOV 2022

**Schweizer Kammer für Wirtschaftsmediation (SKWM):
Webinar «Recht in der
Mediation»**

10. JAN 2023

**VZH - Seminar «Revidiertes
Datenschutzgesetz: Was heisst
das für KMU?»**

10. JAN 2023

**Save the date: Neujahrsapéro
Für ZHK-Mitglieder und geladene
Gäste**

Weitere Informationen sowie die Anmeldung für diese und andere ZHK- und Partner-Events finden Sie unter:

www.zhk.ch/events



Neue ZHK Mitglieder

Financial Communicators AG

Die Financial Communicators AG hat den Sitz in Zürich und ist Teil der Communicators AG. Communicators ist eine der führenden Fullservice-PR-Agenturen in der Schweiz. Wir sind wirtschaftlich unabhängig und vertreten eine liberale Grundhaltung. Unsere Arbeit ist geprägt von Verantwortung gegenüber Staat, Gesellschaft und Umwelt. Dank Erfahrung, strategischer und interdisziplinärer Kompetenz sowie einem breiten Beziehungsnetz erzielen wir klare Mehrwerte für Kunden und Geschäftspartner.

www.communicators.ch



IMPRESSUM

Die Zürcher Handelskammer (ZHK) vertritt als branchenübergreifender Wirtschaftsverband die Interessen von rund 1'100 Unternehmen in den Kantonen Zürich, Zug und Schaffhausen. Sie setzt sich für liberale und marktwirtschaftlich geprägte Rahmenbedingungen ein, um die Stellung der regionalen Wirtschaft zu fördern, und bietet zahlreiche Dienstleistungen für die exportierende Wirtschaft an.

Die ZHK behält sich vor, eingesandte Texte zu kürzen oder zu modifizieren.

Quellen:

ZHK, Café Europe, Andreas Schürer (rivedia.com)

Redaktionsschluss «Stimme der Wirtschaft» der ZHK

Ausgabe 12/22+01/23: Freitag, 25. November 2022

Abonnieren Sie auch unseren elektronischen Newsletter unter:

www.zhk.ch/de/newsletter

Zürcher Handelskammer

Löwenstrasse 11, Postfach,
8021 Zürich, zhk.ch

Direktion

Tel. +41 (0)44 217 40 50
direktion@zhk.ch

Beglaubigungen/
Carnet ATA

Tel. +41 (0)44 217 40 40
beglaubigung@zhk.ch